

Wunschkennzeichen werden entnazifiziert

Bei der Genehmigung von Wunschkennzeichen rutschen immer wieder anstößige und vor allem rechtsradikale Kombinationen durch. Verkehrsminister Stöger will das nun per Gesetz und Erlass verhindern.

Michael Simoner

Wien – 25 Jahre nach Einführung der Wunschkennzeichen erfreut sich die individuelle Signatur auf dem eigenen Auto immer noch großer Beliebtheit. Heuer wurden bisher 16.010 neue Tafeln reserviert. Weil dabei immer öfter anstößige und vor allem rechtsextreme Ziffern- und Zahlenkombinationen durchrutschen, plant Verkehrsminister Alois Stöger (SPÖ) nun eine Novelle des Kraftfahrzeuggesetzes.

In Zusammenarbeit mit dem Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) wurde ein Index mit künftig verbotenen Chiffren auf Wunschkennzeichen erstellt. Darunter befinden sich nicht nur bekannte Abkürzungen wie SS und NSDAP, sondern beispielsweise auch HH (für Heil Hitler), WP (für White Power) und Abkürzungen der neonazistischen Blood & Honour-Bewegung (also BH).

Auf den Index sollen außerdem zahlreiche Zahlencodes aus der Neonazi-Szene gesetzt werden: Der bekannteste davon ist 88 für



Für Wunschkennzeichen künftig auf dem Verbotsindex: NSDAP, KKK steht für Ku-Klux-Klan, 28 für Blood & Honour, WP für White Power, 311 wiederum für den Ku-Klux-Klan.

Bild: Heidi Seywald

jeweils den achten Buchstaben im Alphabet, also HH für Heil Hitler. Weitere numerische Alphabetbeispiele sind 311 (dreimal K für Ku-Klux-Klan) oder 444 (Deutschland den Deutschen). Angeführt ist auch die Zahl 168, die in rechtsradikalen Kreisen für den Bombenanschlag von Oklahoma im Jahr 1995 mit 168 Todesopfern steht. Der Haupttäter Timothy McVeigh, der 2001 in den USA mit einer Giftspritze hingerichtet wurde, ist in rechtsradikalen Kreisen eine Märtyrerfigur.

„Wir bekommen immer wieder Bilder von Autokennzeichen mit Neonazi-Codes zugeschickt“, sagt MKÖ-Vorsitzender Willi Mernyi im Gespräch mit dem STANDARD. Generell sei zu beobachten, dass die Botschaften in der rechtsradikalen Szene subtiler werden. „Früher trugen Rechtsradikale T-Shirts mit der Aufschrift ‚Auschwitz‘, heute finden sie ‚88‘ oder aus den USA übernommene Codes cooler“, so Mernyi. Für den Wunschkennzeichen-Index seien deshalb auch Botschaften wie

ZOG (Zionist Occupied Government) oder RAHOWA (Racial Holy War) empfohlen worden.

„Nazi-Gedankengut darf in unserer Gesellschaft keinen Millimeter Platz haben. Daher ist es wichtig, auch auf vermeintliche Kleinigkeiten wie Autokennzeichen zu schauen“, sagt Verkehrsminister Stöger. Er sei froh, gemeinsam mit dem Mauthausen-Komitee einen Weg gefunden zu haben, Kennzeichen mit rechtsradikalen Codes aus dem Straßenverkehr zu verbannen, sagt Stöger

und verweist darauf, dass „wir im kommenden Jahr 70 Jahre Befreiung vom Faschismus und Nationalsozialismus feiern. Es darf uns nicht passieren, auf dem rechten Auge blind zu sein.“

Die geplante Novelle des Kraftfahrzeuggesetzes (KFG) sieht erstmals vor, dass die vordersten Buchstaben, die den politischen Bezirk kennzeichnen, zur fraglichen Kombination dazugezählt werden. Das war beim Genehmigungsverfahren an den Bezirkshauptmannschaften bisher nicht so. Damit sollen auch Wunschkennzeichen wie PE NIS 20 (im Bezirk Perg genehmigt) verhindert werden. Grundsätzlich bleiben alle Kombinationen erlaubt, wenn sie weder anstößig noch lächerlich sind. MAUSI, SCHATZI oder DRARA werden also auch künftig durch die Gegend flitzen.

Begutachtung im Jänner

Das neue Gesetz wird im Jänner in Begutachtung gehen; wenn der Verkehrsausschuss im April 2015 die Novelle absegnet, könnte das entnazifizierte KFG im Sommer per Erlass umgesetzt werden. Die Verbote gelten nur für Neuanmeldungen, rückwirkend wird keine behördliche Kennzeichentafel eingezogen. Allerdings haben Wunschkennzeichen eine Ablaufzeit von 15 Jahren, danach muss um Verlängerung angesucht werden. Der Erlös – 228,30 Euro samt Gebühren pro Tafel – fließt in die Verkehrssicherheitsfonds des Bundes und der Länder. Ohne dieses Geld wäre etwa Helmi schon längst nicht mehr da.

FP Niederösterreich macht Wahlkampf mit Weihnachten

St. Pölten / Wien – Die FP Niederösterreich sorgt sich. Um den Nikola, dem der Besuch in Kindergärten verwehrt werde. Um das Martinsfest im November, das inzwischen oft als „Lichterfest“ daherkomme. Nun gilt es offenbar, Weihnachten zu bewahren. Zumindest sieht es auf aktuellen Plakaten in niederösterreichischen Gemeinden danach aus: „Unsere Tradition. Unser Fest.“ ist darauf zu lesen, darunter wird das Bild einer Krippe angedeutet, unter dem „Frohe Weihnachten“ steht. Als Manöver zum VP-Wählerstimmenfang will FP-Landesparteiensekretär Christian Hafenecker die Aktion nicht bezeichnen. VP-Landesgeschäftsführer Gerhard Karner findet das Sujet „nicht außergewöhnlich“, auf FP-Plakaten seien öfter „Esel und Ochs“ zu sehen.

Vor ein paar Wochen hat bereits ein FP-Weihnachtssujet für Wirbel gesorgt: In Breitenfurt plaktierte Spitzenkandidat Daniel Noll den Slogan „Weihnacht und Liebe statt Einbruch und Diebe“. Er habe die Dämmerungseinbrüche thematisieren wollen, sagt er. Dieses Plakat hängt nicht mehr. (spr)



Die FP Niederösterreich gibt sich im Wahlkampf weihnachtlich.

Foto: FP NÖ

St. Georgen: Unbekannte NS-Anlage entdeckt

Grabungen offenbaren neue Details rund um „Bergkristall“ – Polizei stoppt Arbeiten

Markus Rohrhofer

Linz – Jahrzehnte wurde die tiefe Schneise am Gelände des traditionsreichen Schützenvereins von St. Georgen an der Gusen nicht weiter beachtet. Eine scheinbare Laune der Natur im Sandstein. Warum die Wände unnatürlich steil abfallen und die Schneise je an einem Berggrücken endet, wurde nicht weiter hinterfragt. Bis jetzt.

Der Linzer Filmemacher Andreas Sulzer, der Kritiker eisern trotz und im St. Georgener Erdreich unermüdet nach Beweisen für die Existenz weiterer Stollen des einst größten unterirdischen NS-Rüstungsprojektes „Bergkristall“ sucht, ist nun in Unterlagen eines ehemaligen CIA-Geheimagenten auf brisante Details gestoßen.

Der amerikanische Spion war 1944 in St. Georgen aktiv und bemerkte, dass sich am Gelände des damaligen SS-Schießplatzes – dem heutigen Schützenverein – ein Eingang zu einem umfangreichen Stollensystem befindet. Sulzer ließ jetzt, mit Genehmigung des Grundbesitzers, die Bagger auffahren und wurde nach der Beseitigung einer gut sechs Meter dicken Lehmschicht tatsächlich fündig. Freigelegt wurde ein, aus massivem Granit gefertigtes, bislang unbekanntes NS-Bauwerk. Beim STANDARD-Lokalausgang offenbart sich eine Art Eingangsbereich: Steile Stufen führen unter einer Betondecke nach unten – immer in Richtung Bergmassiv. Wohin genau, lässt sich im Moment aber noch nicht sagen, da die brisanten Grabungen derzeit noch im Laufen sind.

Anhand einer geoelektrischen Untersuchung vermutet Sulzer jedoch einen entsprechend großen Hohlraum im Berg. Zeitlich lässt sich das Bauwerk anhand zahlrei-

cher Funde bereits jetzt relativ genau einordnen: So konnte Sulzer bereits unter anderem einen Stahlhelm der Waffen-SS, mehrere SS-Warntafeln und ein Waffenrad zu Tage fördern. Sulzer meldete den Fund umgehend der Gemeinde. Diese schaltete ordnungsgemäß das Denkmalamt ein.

Polizeibesuch

Dienstagmorgen rückten dann, zum Erstaunen der Grabungsschicht, unerwartet Vertreter der Bezirkshauptmannschaft Perg in Begleitung mehrerer Polizisten an. Sulzer und sein Team erhielten Anzeigen, da „ohne Genehmigung auf historischem Boden Grabungen durchgeführt wurden“. Sulzer sieht sich aber im Recht: „Vom Grundbesitzer gibt es ausdrücklich eine Genehmigung.“ Vonseiten der Bezirkshauptmannschaft war man zu keiner Stellungnahme bereit.

Eine Antwort auf die umstrittene Frage, ob die Stollenanlage des einstigen NS-Rüstungsprojektes „Bergkristall“ in St. Georgen an der Gusen tatsächlich größer als bisher bekannt ist, wird im kom-

menden Jahr auch auf höchster wissenschaftlicher Ebene gesucht. Das renommierte Grazer Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung wird sich gemeinsam mit dem Land Oberösterreich – unter der Federführung von Umweltlandesrat Rudi Anschöber – der heiklen Sache annehmen und die angeblichen neuen Fakten rund um das unterirdische NS-Rüstungsprojekt einer strengen wissenschaftlichen Überprüfung unterziehen.

Grundlage dafür wird neben dem jetzt von Sulzer erbrachten Beweis, dass es offensichtlich bislang unbekanntes unterirdische NS-Bauten in St. Georgen gibt, vor allem das umfangreiche Recherchematerial des Filmemachers sein. Dieser will unter anderem in einem Gutachten der „Studiengesellschaft für Atomenergie GmbH“ aus dem Jahr 1968 konkrete Beweise für weitere Stollenebenen gefunden haben – DER STANDARD berichtete. Sulzer untermauert diese These auch mit historischen Fotos, die etwa mehrere übereinander liegende Stolleneingänge zeigen.



Vergangenen Freitag fand das Team rund um Filmemacher Andreas Sulzer bei Grabungen einen Stahlhelm der Waffen-SS.

Foto: Andreas Sulzer

KURZ GEMELDET

NIEDERLANDE/ÖSTERREICH

Riesiges Drogennetzwerk zerschlagen

Den Haag / Wien – Nach vierjährigen Ermittlungen bilanzierte die europäische Polizeibehörde Europol am Dienstag zur Heroin-Razzia „Vineyard“: 400 Festnahmen in Österreich, Deutschland, Mazedonien und den Niederlanden; allein in Österreich waren es 286. Mehr als 100 Kilogramm Heroin sowie Kokain, Cannabis und 180.000 Euro Bargeld seien bei der Polizeiaktion mit Schwerpunkt in Wien sichergestellt worden. (red)

WIEN

Abgestürzter Bub aus Koma erweckt

Wien – Für die Ärzte des Wiener SMZ Ost ist es fast ein Weihnachtswunder: Der fünfjährige Bub, der im Oktober auf der Hohen Wand abgestürzt war, sei nach der Beendigung des künstlichen Tiefschlafs in gutem Zustand. Das Kind hatte ein schweres Schädel-Hirn-Trauma, einen Schädelbasisbruch, eine Kieferhöhlenfraktur sowie Quetschungen der Lunge erlitten. Sein Vater und sein Bruder waren bei dem Unfall vor den Augen der Mutter in den Tod gestürzt. (red)

SALZBURG/NIEDERÖSTERREICH

Detektiv soll Diebstähle inszeniert haben

Salzburg / St. Pölten – Eine niederösterreichische Detektei soll in einer Firma in Wals-Siezenheim (Salzburg) Diebstähle inszeniert haben, um an einen 7000-Euro-Auftrag zu kommen. Der angebliche Schwindel flog auf, weil einer der Beteiligten bei der Polizei auspackte. Der 42-jährige Oberdetektiv soll laut Polizei sogar noch versucht haben, das Diebesgut – hauptsächlich Weingläser – zu verkaufen. (red)